

### Mehr Kita-Plätze

Durch bauliche Erweiterungen und Umnutzung entstehen in Mitte zusätzliche Kindergartenplätze.

Seite 6

### Schule

Ein gemeinsamer Brandbrief der Rektoren aller Schulen in Mitte sorgte für Schlagzeilen.

Seiten 7

### Moabit und Mitte

Rund um den Hauptbahnhof war bislang Wüste. Doch langsam kommt die Entwicklung in Gang.

Seiten 10

## Sanierungszeitung für Mitte Nr. 66, Februar 2008

herausgegeben vom Bezirksamt  
Mitte von Berlin,  
Abteilung Stadtentwicklung

# stadt.plan.mitte

### Starbucks statt Starick?

Hotels boomen gerade in Mitte. In der Spandauer Vorstadt werden derzeit drei gebaut, am Rosenthaler Platz wurde jüngst eines eröffnet, das Hostel schräg gegenüber gibt es schon ein paar Jahre länger, und daneben wird derzeit ein Altbau abgerissen, um einem weiteren Hotel Platz zu machen. Touristen wollen kurze Wege, sie wollen dort wohnen, wo die touristischen Attraktionen sind.

Der Rosenthaler Platz ist die Schnittstelle zwischen der Spandauer und der Rosenthaler Vorstadt. Jetzt, am Ende der Sanierung, verändert er massiv sein Gesicht.

Hotels, Imbisse, Cafés werden ihn künftig prägen. Anderes verschwindet:

Der Boom lässt die Mieten steigen und verdrängt Altansässige – wie die Buchhandlung Starick, die gerade die Kisten packen muss. Die vom Eigentümer angekündigte Mieterhöhung kann das Geschäft nicht leisten. Der Nachfolger wird vermutlich ein Gastronomiebetrieb. Also künftig Starbucks statt Starick?

Der Rosenthaler Platz war immer ein geschäftiger, auch rauer Platz mit einer ganz besonderen Ausstrahlung. Man wird sehen, was nach dem großen Umbau davon noch übrig bleibt.

us

Siehe dazu auch Seite 3



Foto: Zander, bild.mitte



Foto: Zander, bild mitte

Das Musikgymnasium Carl Philipp Emmanuel Bach in der Brunnenstraße ist weit über die Grenzen Berlins hinaus bekannt. Hier werden musikalisch besonders begabte Schüler aus dem In- und Ausland bis zum Abitur geführt. Bislang befand sich das Spezialgymnasium in der Trägerschaft des Bezirks, der jedoch zum 1. Januar 2010 die Einrichtung aus Kostengründen an die Senatsschulverwaltung abgeben will. Damit wäre allerdings die Erneuerung eines Gebäudeteils an der Rheinsberger Straße gefährdet: Nachdem bereits große Teile des Schulgebäudes und die Freiflächen mit öffentlichen Fördermitteln erneuert werden konnten, sollte ab 2010 auch das »Direktorenhaus« mit Mitteln aus dem Denkmalschutzprogramm saniert werden. Diese Förderung wäre jedoch bei einem Grundstück im Eigentum des Landes Berlin nicht zulässig, weshalb die Mittel nicht genutzt werden könnten. Nach Auskunft der Sanierungsbeteiligten wurden bislang alle Versuche, eine Lösung zu finden, von der zuständigen Schulstadträtin des Bezirks aus Kostengründen abgelehnt.

## In eigener Sache

### AUFHEBUNG DES SANIERUNGSGEBIETS, ZEITUNG

Mit Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin vom November 2008 ist das Sanierungsgebiet Rosenthaler Vorstadt aufgehoben worden. Das Viertel war im Jahr 1994 förmlich als Sanierungsgebiet festgesetzt worden.

Zum Abschluss der Sanierung wird es im April eine Ausstellung geben, die einen Rückblick auf das 15jährige Sanierungsgeschehen und die Gebietsentwicklung bietet. Dabei werden auch die Ergebnisse der abschließenden Bewohnerbefragung vorgestellt, die das Koordinationsbüro des Sanierungsbeauftragten im letzten Jahr durchgeführt hat. Zudem sind im Rahmen der Ausstellung Veranstaltungen wie Lesungen, Filme etc. geplant. Das genaue Programm wird noch bekannt gegeben.

Die Ausstellung findet in der Galerie IAC in der Brunnenstraße 29 statt, sie wird am 24. April um 13 Uhr in Anwesenheit der Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer und des Bezirksstadtrats für Stadtentwicklung Ephraim Gothe eröffnet.

Mit der Aufhebung des Sanierungsgebiets endet auch das Erscheinen dieser Zeitung. stadt.plan.mitte wurde im Auftrag des Bezirks Mitte, Abt. Stadtentwicklung, als Publikation für die Sanierungsgebiete des Bezirks herausgege-

ben, um Anwohner, Eigentümer und Gewerbetreibende über das Geschehen in den Gebieten zu informieren. Seit 1993 war die Sanierungszeitung als Beilage in der »Berliner Stadtzeitung schein Schlag« erschienen, bis diese im Jahr 2007 eingestellt wurde. Von 2001 bis 2007 erschien »stadt.plan.mitte« in drei Lokalausgaben für die Sanierungsgebiete in Mitte, Moabit und Wedding.

Dies ist die letzte reguläre Ausgabe dieser Zeitung. Im März und im April wird jeweils noch eine Sonderausgabe zum Abschluss der Sanierung erscheinen.

Nach 16 spannenden und bewegten Jahren danken wir unseren Lesern für ihr Interesse, ihre Aufmerksamkeit und die vielen, oft ermutigenden Briefe, die wir bekommen haben, den Sanierungsbeteiligten für die enge und produktive Zusammenarbeit und allen Mitarbeitern, die im Laufe der Jahre am Entstehen dieser Zeitung beteiligt waren.

us

Ausstellung vom 24.4. bis 22.5., Galerie IAC, Brunnenstraße 29, di-so 12–20 Uhr

### Glück für den Denkmalschutz – Fotoausstellung in der St. Elisabeth-Kirche

Die Wanderausstellung »Glück für den Denkmalschutz« präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro SOPHIEN Fotografien von Förderprojekten der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, die mit Mitteln der Lotterie Glücksspirale unterstützt werden. Eins der dort gezeigten Projekte ist die 1835 nach Entwürfen Karl Friedrich Schinkels erbaute St. Elisabeth-Kirche selbst. 1945 wurde das Kirchenschiff von einer Phosphorbombe getroffen und brannte vollständig aus. Nachdem St. Elisabeth für fast ein halbes Jahrhundert Ruine blieb, wurde der Bau 1991 gesichert und seit 1999 unter der Ägide der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und mit Unterstützung des Landesdenkmalamts und der Landeskirche Stück für Stück in einer modernen Interpretation wieder aufgebaut. Wenn auch noch nicht ganz vollendet, so ist jedoch heute schon wieder die besondere Atmosphäre erlebbar.

St. Elisabeth-Kirche, Invalidenstr. 3, 10115 Berlin Mitte. Bis 17. Feb. 2009, geöffnet di-so von 13 bis 19 Uhr, Eintritt frei

### Impressum

**Herausgeber** Bezirksamt Mitte von Berlin  
Abteilung Stadtentwicklung

**Redaktion** stadt.plan.mitte:

Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin

Ulrike Steglich (USteglich@gmx.net)

fon/fax 283 3127

Burkhard Meise, fon 32 76 77 32,

Susanne Torka, (s.torka@web.de), fon 394 84 24

**V.i.S.d.P.** Ulrike Steglich

Für den Inhalt zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

**Fotoredaktion** Christoph Eckelt und Mirko Zander  
Fotografenbüro bild.mitte, Telefon 283 40 87

**Entwurf** gold, Anke Fesel und Kai Dieterich

**Gestaltung** morgen, Lehrter Str. 57, 10557 Berlin,  
fon 44 31 23 47

**Druck** Union-Druck Berlin



Foto: Zander, bildmitte

## Luxus Lesen

EINE MIETERHÖHUNG BEDEUTET  
DAS AUS FÜR DIE BUCHHANDLUNG  
STARICK AM ROSENTHALER  
PLATZ

In den Regalen klaffen Lücken, die nicht mehr aufgefüllt werden. In Kisten stehen Bücher zum halben Preis. Ausverkauf. Trauriger kann eine Buchhandlung nicht aussehen. Eigentlich, sagt Gerd Gerlach, müsste er schon viel mehr eingepackt haben. Aber etwas sträubt sich in ihm. Und schließlich will er auch die Kunden nicht abschrecken.

Zum Februar muss die Buchhandlung Starick am Rosenthaler Platz schließen. Im August war der alte Mietvertrag ausgelaufen, der neue Vertrag sah eine saftige Mieterhöhung ab 2009 vor: Doch eine Kaltmiete von 20 Euro/qm ist mehr, als die Buchhandlung aufbringen kann.

Es ist das Ende einer Institution und einer Tradition an diesem Ort. Fast 62 Jahre gab es am Rosenthaler Platz einen Buchladen. 1991 übernahmen Margrit Starick und Gerd Gerlach die damalige Heinrich-Heine-Buchhandlung. Das Paar betreibt außerdem einen Laden in Schmargendorf. Gerd Gerlach kann sich noch gut an den Anfang in Mitte erinnern. »1991 wurden die Volksbuchhandlungen verkauft. Ich schaute mir einige Läden an, darunter den am Rosenthaler Platz. Er lag zentral, aber es war dennoch eine einfache Gegend. Und eine interessante Mischung: Da kam die Oma in Filzslatschen genau so wie der Arzt aus der Charité. Die Leute standen stundenlang mit schiefem Kopf vor den Bücherregalen ...«

Sie hätten auch Kitschromane verkaufen können. Aber das Konzept war von Anfang an klar: Sorgfältige Auswahl, Anspruch und Qualität. Starick etablierte sich schnell als Kiezbuchhandlung. Dussmann hatte länger offen und Amazon lieferte ins Haus, aber all das war kein Ersatz für die persönliche, geradezu familiäre

Atmosphäre, die einen bei Starick empfing. Hier bekam man Empfehlungen, wenn man nicht wusste, wonach man eigentlich suchte, was nicht am Lager war, wurde umgehend bestellt, und unermüdlich fahndeten die Mitarbeiter nach dem Gewünschten, auch wenn man nur winzige Anhaltspunkte hatte. Von Anfang an gehörten auch Lesungen zum Konzept. Die Liste namhafter Autoren, die hier lasen, ist lang. Gerd Gerlach erinnert sich gern an die Diskussionen, die manchmal bis nach Mitternacht gingen. »Anfang der 90er – das war die spannendste, beste Zeit.« Dennoch blieb die Konkurrenz durch das Internet und große Ketten wie Dussmann nicht ohne Auswirkungen. Seit 1996 waren die Umsätze rückläufig.

Schon einmal hatte der Buchhandlung das Aus durch eine Mieterhöhung gedroht. Als Mitte der 90er die Sanierung des Hauses anstand, hatte der Eigentümer eine Mieterhöhung um fast das Doppelte angekündigt – nach öffentlichen Interventionen wurde dann doch ein Kompromiss gefunden, Starick zog ein paar Schritte ums Eck, im ursprünglichen Laden befindet sich jetzt ein Restaurant.

Gastronomie wird vermutlich auch jetzt der Nachfolger der Buchhandlung werden. Dem Eigentümer des Hauses, in dem Starick seinen Laden betreibt, gehören noch weitere Immobilien am Platz. Der Rosenthaler Platz boomt. An einer Ecke wurde jüngst ein Hotel eröffnet, das Hostel am Weinbergspark gibt es schon länger, nebenan wird gerade das Beate-Uhse-Haus abgerissen, auch hier soll ein Hotel entstehen. Von Gewerbemieten um die 70 Euro/qm im Neubau ist die Rede – ob sich die Erwartungen erfüllen, ist ungewiss. Aber schon Mitte der 90er zahlten Imbisse an diesem Standort astronomische Mieten. Buchhandlungen können das nicht.

Gerd Gerlach erzählt, dass sie ernsthaft erwogen hatten, einen Cafébetrieb in den Buchladen zu integrieren. Aber dann hätten sie wesentlich länger öffnen müssen – die Ausgehzeit in Mitte beginnt deutlich nach 20 Uhr. Sie würden gern weiter hier in der Gegend bleiben, aber es ist schwer, bezahlbare und geeignete Ladenräume zu finden. Mitte ist teuer geworden und die Konkurrenz hart, selbst unter kleinen Buchläden. Gerlach findet das schade. Früher in Westberlin habe man mit dem »Verband des linken Buchhandels« versucht, sich gegenseitig zu unterstützen. Reich ist davon niemand geworden, aber der Vielfalt kam es zugeute.

Starick ist eine hoch angesehene Buchhandlung, nicht nur bei den Stammkunden. Vom Börsenverein, dem Berliner Senat und der Landesregierung Brandenburg wurde sie vor kurzem mit dem »Gütesiegel Leseförderung 2008/2009« ausgezeichnet. Aber was hilft das, wenn pekuniäre Interessen stärker sind. Im Grunde ist die Geschichte erbärmlich. Im Eckhaus am Rosenthaler Platz gibt es etliche großzügige Gewerbeeinheiten, darunter ein Fitness-Studio, ein Restaurant, einen Imbiss. Die Immobilie ist alles andere als unrentabel. Jetzt muss eine weithin geschätzte Buchhandlung verschwinden, um noch einem Coffee-Shop oder Bagel-Laden Platz zu machen, passend zum Hostel-Publikum. Und das in einem Quartier, in dem drei Viertel der Bewohner Akademiker sind, die bildungsorientierten Eltern ihre Kinder gern auf Privatschulen schicken und viel von Kultur die Rede ist.

Nach Angaben des Börsenvereins haben in den letzten zehn Jahren ca. 100 Buchläden in Berlin schließen müssen. Es ist ein Armutszeugnis, wenn ausgerechnet in einem der wohlhabendsten Quartiere kein Platz für eine Buchhandlung sein soll.

Ulrike Steglich

# Stephan von Dassel ist der neue grüne Sozialstadtrat in Mitte



Stephan von Dassel (links) gemeinsam mit Bezirksbürgermeister Christian Hanke (Mitte) und dem BVV-Vorsteher Ulrich Davids nach der Wahl.

In der Sitzung am 22. Januar 2009 hat die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte Stephan von Dassel (Bündnis 90/Die Grünen) zum Bezirksstadtrat für Soziales und Bürgerdienste gewählt. Mit 31 Ja-Stimmen (bei 15 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen) wählte ihn die BVV als Nachfolger von Miriam Scheffler, die im Dezember 2008 von ihrem Amt zurückgetreten war. Sie übernahm damit die politische Verantwortung für Unregelmäßigkeiten in einem Auswahlverfahren im JobCenter Mitte, das in ihrer Zuständigkeit lag.

Stephan von Dassel war bislang hauptberuflich als wissenschaftlicher Referent in der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus tätig. Der Diplom-Politologe ist seit 1999 BVV-Mitglied und vertrat seine Fraktion in verschiedenen Ausschüssen sowie im Beirat des JobCenters Mitte. Als Stadtrat wird er auch das Bezirksamt in der Trägervertretung des Jobcenters Mitte vertreten.

Von Dassel gilt in der BVV als kompetent, engagiert, kritisch und offensiv. Als erste Schwerpunkte in seinem Amt nannte er die Verbesserung der Arbeit der Jobcenter und des Services der Bürgerämter.

## Zur Person

Stephan von Dassel hat seine ersten Lebensjahre in Berlin verbracht. Seine Jugend erlebte er auf der Schwäbischen Alb. Nach 20-monatigem Zivildienst in einem Münchner Altenheim kehrte er 1989 zum Studium der Politischen Wissenschaft nach Berlin zurück. Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums unterstützte er das Süd-Ost-Europa-Kultur-Zentrum bei der Öffentlichkeitsarbeit und dem Fundraising. Von 1996 bis zum Jahr 2000 war er Geschäftsführer der BVV-Fraktion und des Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen in Mitte. Danach arbeitete er bis zu seiner Wahl ins Bezirksamt als wissenschaftlicher Referent für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus. Von Dassel war seit 1999 Mitglied der BVV Mitte, von 2001 bis 2006 war er Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerdienste, Interkulturelle Angelegenheiten und Gleichstellung. Er vertrat seine Fraktion in den Ausschüssen für Soziales, Umwelt und Verkehr, im Haupt- und im Jugendhilfeausschuss sowie im Beirat des Jobcenters und war ab Mitte November 2008 einer von zwei Fraktionssprechern.

## Neue Telefonnummer im Bezirksamt Mitte

Seit Januar 2009 gibt es eine neue Telefoneinwahl im Bezirksamt Mitte. Die bisherige Einwahl 2009- wird durch die 9018- ersetzt, die fünfstelligen Apparatnummern der Dienststellen bleiben erhalten. Nur die Kinderschutzhotline des Bezirkes ist vorläufig weiterhin unter 2009-55555 zu erreichen.

Die zentrale Telefonvermittlung des Bezirksamtes ist unter der 9018-20 erreichbar. Anrufer, die nach der Umstellung noch die alte Einwahl 2009- wählen, werden zu einer Hinweisansage weitergeleitet.

Der Wechsel des Telefonanbieters und die Verlagerung der bezirklichen Telefonvermittlung zum IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) sollen positive Kosteneffekte und eine erhöhte Serviceleistung mit sich bringen. Die neue Telefonvermittlung wird montags bis freitags von 7 bis 19 Uhr besetzt sein.

Bezirksamt Mitte (Vermittlung und allgemeine Auskünfte)	9018 - 20
Bibliotheken	9018 - 24411
Bürgeramt	9018 - 43210
Büro Bezirksverordnetenversammlung	9018 - 24553
Gesundheitsverwaltung	9018 - 45500
Musikschule	9018 - 37522
Volkshochschule	9018 - 37474

Weitere Telefonnummern erfragen Sie bitte über die Vermittlung.

## Neue Bezirksbroschüre für Mitte

Die neue Bezirksbroschüre »Metropole und Kiez«, Ausgabe 2009/2010 ist zum Jahresbeginn erschienen. Sie ist kostenlos erhältlich in allen Rathäusern, Bürgerämtern und Bibliotheken. Zum Download steht unter <http://www.berlin.de/ba-mitte/buergerdienste/publikationen/index.html> eine pdf-Datei zur Verfügung. Der Wegweiser durch die Bezirksverwaltung soll den Zugang zu den bezirklichen Ansprechstellen und Angeboten für Bürgerinnen und Bürger erleichtern. Zugleich wird Gästen des Bezirkes ein kurzer Überblick ermöglicht, was sich neben den bekannten touristischen Attraktionen in Mitte zu entdecken lohnt.

## »Notinseln« – Schutz für Kinder im Bezirk Mitte

Am 18. Dezember 2008 hat der Bezirksbürgermeister, Dr. Christian Hanke, bei der Bäckerei »back & more« in der Huttenstraße das Notinselzeichen angebracht und durch die Übernahme der Schirmherrschaft seine Unterstützung für das Projekt signalisiert.

Kinder sind im öffentlichen Raum, beispielsweise auf dem Weg in die Kita oder in die Schule häufig Gewalt und Übergriffen durch Mitschüler, Diebe oder Ältere ausgesetzt.

Die insgesamt 75 Notinseln, die nun durch das Programm »Soziale Stadt« in den Quartiers- und Stadtteilmanagementgebieten Ackerstraße, Pankstraße, Magdeburger Platz und Moabit West des Bezirkes Mitte installiert wurden, sollen diesen Übergriffen ein Gegengewicht setzen.

In den Gebieten wurden in Kooperation mit der Gewerkschaft der Polizei und dem Mediationszentrum Berlin e. V. Gewerbetreibende angesprochen, um das Netzwerk aus Notinseln aufzubauen. Die teilnehmenden Gewerbetreibenden bringen an ihren Schaufenstern das Notinselzeichen an und signalisieren damit: »Wo wir sind, bist du sicher!«. Kinder haben dort die Möglichkeit, Hilfe zu erbitten. Um das Projekt auch in den im Quartier ansässigen Schulen vorzustellen und Kinder für das Notinselzeichen zu sensibilisieren, wurden diese besucht und Gespräche mit dem pädagogischen Personal und den Kindern geführt. Das Projekt Notinsel wurde bundesweit im Mai 2002 durch die Hänsel- und Gretel-Stiftung ins Leben gerufen.



# Eigentümer gegen Schokoladen

DAS KULTURPROJEKT IN DER ACKERSTRASSE 169/170 IST DURCH RÄUMUNGSKLAGEN GEFÄHRDET

*Für den Schokoladen in der Ackerstraße 169/170 wird es ernst. Dem Wohn- und Kulturzentrum droht das Aus, sollte sich der Eigentümer der Immobilie mit seiner Räumungsklage durchsetzen.*

Ende November hatte die Anwältin des Eigentümers des Hauses eine Räumungsklage gegen den Schoko-Laden e.V. eingereicht. Der Eigentümer, die Beteiligungsgesellschaft Friedrich Trier GmbH & Co. KG, klagt auf sofortige Herausgabe der kulturell genutzten Gewerbeflächen im Erdgeschoss des Vorderhauses und des gesamten Fabrikgebäudes. Dort befinden sich etliche Kultureinrichtungen: der Schokoladen selbst – ein Café und Veranstaltungsort -, der Club der polnischen Versager, das Orphtheater sowie Studios und Ateliers. Die Versuche des Trägervereins Schokoladen e.V., auf dem Verhandlungswege zu einer gütlichen Einigung mit dem Eigentümer zu kommen, sind damit bislang gescheitert. Alle Angebote des Vereins, die vom Eigentümer beabsichtigte Sanierung des Hauses durch Eigenleistungen zu unterstützen, um auf diese Weise den Fortbestand der kulturellen Nutzung zu sichern, wurden abgelehnt. Ein entsprechendes Konzept hatte der Verein dem Eigentümer im August unterbreitet. Doch dieser will sich darauf nicht einlassen.

Mit der Räumungsklage droht einem der letzten verbliebenen Orte für alternative Kultur in Mitte das Aus, der in der unmittelbaren Nachwendezeit entstand.

Das Wohn- und Kulturprojekt Schokoladen wurde 1990 gegründet, als eine Gruppe von Studenten und jungen Menschen in das damals fast komplett leer stehende Haus in der Ackerstraße einzog. Im Jahr darauf schloss der Hausverein Schoko-Laden e.V. mit der damaligen Hausverwaltung WBM Verträge für die Wohn- und Gewerbeflächen ab. Die Verträge behielten auch nach der Rückübertragung der Immobilie an eine Erbengemeinschaft und dem anschließendem Verkauf an den jetzigen Eigentümer ihre Gültigkeit.

Von Anfang an war es Ziel des Vereins, in den gemieteten Gewerbeflächen Platz für Kunst und Kultur zu schaffen. So wurde das Kultur-Café mit Platz für Konzerten, Lesungen und Ausstellun-

gen aufgebaut, die Räume den verschiedensten Projekten und Künstlern zur Verfügung gestellt, u.a. der Comicbibliothek Renate, der Berliner Stadtzeitung Scheinschlag, dem Orph-Theater, Gemeinschaftsateliers und Studios entstanden. So entwickelte sich das Wohn- und Kulturprojekt Schokoladen seit Anfang der 90er zu einem anerkannten, geschätzten Ort und wichtigen Faktor der alternativen Kulturszene in Berlin.

## Konflikte mit dem Eigentümer

Schon mehrfach gab es Versuche seitens des Eigentümers, das Haus leer zu bekommen. Nachdem das Gebäude an eine Erbengemeinschaft rückübertragen worden war, verkaufte diese die Ackerstraße 169/170 an den Betreiber eines Baustoffhandels aus Trier. Die Friedrich Trier GmbH betreibt eines der größten Fliesengeschäfte Deutschlands mit Standorten in Trier, München, Leipzig, Erfurt und Magdeburg. Der Raum Berlin-Brandenburg wird von einer Filiale in Großbeeren bedient. Daneben verfügt die Beteiligungsgesellschaft über Immobilien u.a. in Trier und Potsdam.

Sofort nach Erwerb der Ackerstraße 169/170 versuchte der neue Eigentümer, die bestehenden Mietverträge zu kündigen, scheiterte aber an den Berliner Gerichten, die die Gültigkeit der bestehenden Mietverträge feststellten.

Seitdem gab es seitens des Eigentümers immer wieder erfolglose Versuche, Teilbereiche des Projekts zu kündigen oder auch zu räumen – wie im vergangenen Sommer.

Seit dem Erwerb des Gebäudes habe sich der Eigentümer weder um Reparaturen, Instandsetzungen oder die Verkehrssicherung des Gebäudes noch um eine Abrechnung der Betriebskosten gekümmert, sagen die Bewohner und Nutzer, die immer wieder selbst in den Erhalt der maroden Bausubstanz investieren mussten, beispielsweise in dringend notwendige Dachreparaturen. Sie vermuten, dass der Eigentümer beabsichtigte, das Mieter-»Problem« auf diese Weise zu lösen. Notwendige Arbeiten wurden deshalb in Eigenleistung von den Bewohnern und Vereinsmitgliedern geleistet.

Im letzten Sommer schließlich meldete sich der Eigentümer dann erneut und äußerte erste Sanierungsabsichten, verbunden mit Versuchen, Teile des Hauses zu kündigen und zu räumen. Seitdem, so die Bewohner und Nutzer, nimmt der Druck stetig zu: Neben der Kündigung der Gewerbeflächen und der jetzt anhängigen Räumungsklage gehe der Eigentümer nun auch gegen die Wohnungs-Mieter/innen vor. So seien Abmahnungen mit Kündigungsandrohung wegen angeblich illegaler Untervermietung von Wohnungen und der angeblich illegalen Nutzung des Fahrradschuppens auf dem Hof verschickt worden.

Die Bewohner vermuten, dass der Eigentümer die Entmietung des Hauses plant, um nach einer Sanierung die Wohnungen profitabel verkaufen zu können. Über die Räumungsklagen wurde bislang nicht entschieden.

us



Fotos: Zander, bild.mitte

## Mehr Kindergartenplätze für Mitte

AN MEHREREN STANDORTEN ENTSTEHEN ZUSÄTZLICHE KAPAZITÄTEN

In der Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt wird es demnächst einen deutlichen Zuwachs von Kindergartenplätzen geben. Das ist auch notwendig, denn der Kinderboom hält weiter an.

Weit fortgeschritten ist der Neubau in der Elisabethkirchstraße, ein Erweiterungsbau für die Kita St. Elisabeth, die bislang bis zu 45 Kinder betreute. Nach Fertigstellung des Neubaus können insgesamt 120 Betreuungsplätze angeboten werden. Ein halbes Jahr nach der Grundsteinlegung konnte im November das Richtfest gefeiert werden, Rohbau und Dach sind fertig gestellt. Im Sommer soll das Gebäude eingeweiht werden. Dann sollen auch die Außenanlagen fertig sein. Das Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von ca. 1,7 Mio. Euro wird aus Fördermitteln des Programms Stadtumbau Ost, Sanierungsfördermitteln des Bezirksamts Mitte und Eigenmitteln des evangelischen Kirchen-

kreises Berlin Stadtmitte finanziert. Der Entwurf für das moderne, lichte Gebäude wurde vom Architekten Jan Große vom Berliner Büro *Meyer Große Hebestreit Sommerer* erarbeitet, gemeinsam mit der Landschaftsarchitektin Birgit Hammer, die für die Außenanlagen verantwortlich ist. Der Entwurf setzte sich in einem architektonischen Realisierungswettbewerb gegen 15 Mitbewerber durch.

Gleich 180 neue Kita-Plätze sollen in der Borsigstraße 32 entstehen: Der Plattenbau gehört der Wohnungsbaugesellschaft Mitte und diente auch früher schon als Kita, doch Ende der 90er kündigte der Bezirk Verträge für etliche Mietobjekte, um Geld zu sparen. Die bezirkseigene Kita zog aus, die WBM vermietete die nun leerstehenden Räume an Existenzgründer und Zwischennutzer aus der Kreativbranche. Jetzt interessiert sich der Träger Fröbel e.V. für die Räume, ein Träger der Jugendhilfe und Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin, der bereits etliche Krippen und Kindergärten betreibt. Mit über 100 Einrichtungen gehört der Verein zu den großen Trägern. Derzeit werden Verhandlungen zwischen dem Verein, der bezirklichen Sanierungsverwaltungsstelle und der WBM geführt.

Auch in der Kita Fürstenberger Straße 4/5, die vom Träger Kindergarten City betrieben wird, sollen mehr Betreuungsplätze entstehen. Bis zum Frühjahr wird die eingeschossige Halle abgerissen, mit einem zusätzlichen Neubau wird der Standort von derzeit 100 auf dann 175 Plätze erweitert. Für den Neubau ist die Durchführung eines Gutachtenverfahrens im Frühjahr vorgesehen. Finanziert werden die Maßnahmen weitgehend aus den Sanierungsfördermitteln des Bezirks.

Auch für die bezirklichen Jugendeinrichtungen zeichnet sich nun eine Lösung ab. Wie berichtet, mussten der Schülerladen »New Way« und das Kinderzentrum KIZ im letzten Jahr ihre bisherigen Standorte in Mietobjekten verlassen – um Miete zu sparen, wollte der Bezirk sie auf einem kommunalen Grundstück, der Gartenstraße 99, unterbringen. Doch dann stellte sich heraus, dass auf dem Grundstück noch Rückübertragungsansprüche lasten. Deshalb müssen die Einrichtungen weiter an den jetzigen provisorischen Standorten verbleiben. Nun soll jedoch auf dem Grundstück Gartenstraße 95, das dem Bezirk gehört und das im Bebauungsplan bislang als Vorhaltestandort für eine Kita vorgesehen ist, ein Neubau für die beiden Jugendeinrichtungen entstehen. Für den Standort hat sich auch die Jugendabteilung des Bezirks ausgesprochen. Die Baumaßnahme soll mit Sanierungsfördermitteln finanziert werden. Für 2009 ist die Durchführung eines Architekturwettbewerbs geplant.

# Von Rütli lernen

WIEDER SORGT EIN BRANDBRIEF VON PÄDAGOGEN FÜR AUFREGUNG – DIESMAL KOMMT ER AUS MITTE

Im Sommer 2006 verzeichnete Google für die Worte »Rütli-Schule Neukölln« satte 145.000 Treffer. Das war ein interessantes Ergebnis für eine Berliner Hauptschule, die kurz zuvor noch kaum jemand gekannt hatte. Ein sogenannter »Brandbrief« des Lehrerkollegiums hatte damals die Schule bundesweit in die Schlagzeilen katapultiert, die Lehrer beklagten unhaltbare Zustände, die problematische soziale Zusammensetzung der Schülerschaft, mangelnde Integration und forderten die Auflösung ihrer Schule. Rütli wurde zum Synonym des schulischen Notstands, der Brief löste eine Debatte um die Zukunftsfähigkeit der Hauptschule aus.

Mitte Dezember letzten Jahres gab es einen neuen Brandbrief, der für Aufregung sorgte: Diesmal kam er aus Mitte. Unterzeichnet haben ihn, und das hat es bislang nicht gegeben, alle Schulleiter der 68 Grund-, Real- und Hauptschulen sowie Gymnasien von Mitte. Der Brief richtete sich an Mittes Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD), an Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) und den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD).

Die Pädagogen beklagen zahlreiche Probleme an den Schulen: eine schwierige Sozialstruktur, bauliche Missstände, Personalmangel, Abwanderung guter Schüler in andere Gebiete oder an Privatschulen. Der Bezirk stehe »vor dem bildungspolitischen Aus«, soziale Probleme und Geldmangel würden dazu führen, dass die Schulen den vom Berliner Schulgesetz auferlegten Bildungsauftrag »nicht mehr guten Gewissens erfüllen können«.

Die bauliche Unterhaltung der Schulen entspreche nicht einmal dem normalen Standard: Insgesamt belaufe sich der Investitionsrückstand der Berliner Schulen auf über 900 Millionen Euro, angesichts dessen seien die vom Senat angekündigten 50 Millionen Investitionsmittel ein Tropfen auf den heißen Stein. In der Moabiter Moses-Mendelssohn-Schule beispielsweise ist seit 20 Jahren nicht mehr renoviert worden. Stattdessen gebe es in Mitte einen Kompetenzstreit zwischen Schulamt, Bezirksamt und Hochbauamt.

Die Schulleiter weisen auch auf schwierige Sozialstrukturen im Bezirk Mitte hin: zahlreiche sozial benachteiligte Familien, viele Schüler aus Einwandererfamilien – an manchen Schulen liegt der Migrantenanteil bei 80 bis 90 Prozent –, von »Ghettoisierung« ist die Rede angesichts wachsender städtischer Segregation, deren Folgen ins-

besondere die Schulen zu spüren bekommen. Bildungsorientierte Familien wandern ab, und wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder auf Privatschulen. Der Schulleiter des John-Lennon-Gymnasiums berichtet, dass während seiner 14jährigen Amtszeit gleich fünf Privatschulen in unmittelbarer Umgebung eröffnet haben. Die Gründung zahlreicher privater Schulen, oft von enttäuschten Eltern angeregt, sei eine »eklatante Misstrauenserklärung an das Berliner Schulsystem«, so die Schulleiter.

Sie fordern, dass die Integrationsproblematik endlich ernst genommen und als vordringliche Aufgabe aller Bildungseinrichtungen formuliert werden müsse. Und natürlich fehlt es überall an Geld und an Personal.

Der Rütli-Effekt funktionierte auch diesmal: Der Brandbrief machte Schlagzeilen, die Politik verfiel in hektische Betriebsamkeit. Bildungssenator Zöllner (SPD) lud die Schulleiter zum Gespräch ein, ebenso das Kanzleramt, wo Maria Böhmer (CDU), die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, Gesprächsbedarf sah. Oder Profilierungsbedarf? Nebenbei wurde gleich noch ein bisschen Parteiengeplänkel eingeflochten, schließlich steht ein Wahljahr an, Unterstützung wird prompt von allen zugesichert, Frau Böhmer möchte jetzt auch mal mit Herrn Zöllner reden – vermutlich, um den Bildungssenator an ihrer bahnbrechenden Erkenntnis teilhaben zu lassen, dass »Bildung der Schlüssel für Integration« ist.

Erstaunlich sind dabei vor allem die aufgeregten Reaktionen: Denn die Probleme sind seit Jahren bekannt, jedenfalls den unmittelbar Beteiligten: Den Schülern, die tagtäglich mit Unterrichtsausfall und maroden Gebäuden konfrontiert sind; den Lehrern, die vor überfüllten Klassen in zu kleinen Räumen stehen und vor Kindern, die nicht nur sprachliche, sondern auch motorische Defizite haben; den Eltern, die es längst gewohnt sind, Klassenzimmer zu renovieren, über Fördervereine Geld in die notorisch klammen Schulkassen zu pumpen, Papier zu spenden, Bücher oder Teebeutel.

Aber auch Bildungssenator Zöllner und Bezirksbürgermeister Christian Hanke sind die Probleme bestens bekannt: Es fehlt an Lehrern und Sozialarbeitern, insbesondere an engagiertem, gut ausgebildetem Nachwuchs und Personal mit Migrationserfahrung. Seit Jahren rutscht die Stadt sozial auseinander, wer davor flüchten kann und will, tut es, wie die stetig wachsende Zahl der Privatschulen zeigt, und die kommunalen Schulen bekommen die Folgen dieser sozialräumlichen Spaltung unmittelbar zu spüren: Wie tief die Kluft in-



Fotos: Zander, bildmitte

zwischen ist, wird schon an den Grundschulen diesseits und jenseits der Bernauer Straße sichtbar: in der Papageno-Schule in Mitte liegt der Migrantenanteil bei 7%, ein paar hundert Meter weiter im Wedding bei 80 bis 90%. In der Rosenthaler Vorstadt sind Grundschulplätze knapp geworden, dennoch weigert sich die bildungsbürgerliche Elternschaft kollektiv und vehement, ihre Kinder im Wedding einschulen zu lassen. So wird bereits über die Grundschulen die soziale Segregation für die nächste Generation zementiert. Ein paar zusätzliche Investitionsmittel werden daran nichts ändern.

Schule muss auf die sich ändernde Gesellschaft reagieren, aber sie muss dazu auch in die Lage versetzt werden. Schulreformen sind eine feine Sache, werden aber nur funktionieren, wenn Schulen endlich auch die Mittel in die Hand bekommen, sie vernünftig umzusetzen. Dazu gehören qualifizierte, engagierte Pädagogen, ausreichende Räumlichkeiten, mehr Selbstbestimmung für die Schulen und selbstverständlich auch mehr Geld – beispielsweise für Honorarmittel. Die kommunalen Schulen im Regen stehen zu lassen in der stillen Hoffnung, Privatschulen würden schon irgendwie den »Markt« ausgleichen, wäre eine Bankrotterklärung von Bildungspolitik und Verwaltung – immerhin ist Bildung noch eine staatliche Aufgabe.



Foto: Eckelt, bildmitte

## KOMMENTAR

## Die beheizte Stadt

*Provinziell! Spießig! Regelungswut! Bürokratie! Besonders das Verbot der Heizpilze hat einige Gemüter heftig erregt. Früher war die Sache ziemlich überschaubar. Im Sommer war es warm, im Winter wurde es eher kalt, wovon eigentlich nur die Bahn jedes Jahr aufs Neue völlig überrascht schien. Seitdem man über den Klimawandel spricht, scheint einiges durcheinander zu geraten. Weil die subtropischen Temperaturen im Winter jedoch noch auf sich warten ließen, halfen die Wirte mit Heizpilzen nach, die ganz nebenbei veritable Emissionsschleudern sind. Seitdem man auch im Dezember die Zigarette zum Kaffee bei Frischluft UND einen warmen Hintern haben kann, gebärden sich manche, als existiere ein natürliches Menschenrecht auf eine rundum beheizte Stadt im Winter. Es fehlten noch die öffentlichen Sonnenbänke. Kurioserweise fiel die Debatte um die Heizpilze zusammen mit der hellen Aufregung, weil das Thermometer Anfang Januar kurzzeitig minus 10 Grad anzeigte – was bis vor ein paar Jahren als durchaus normal für die Jahreszeit galt. Derweil blieben in halb Osteuropa aufgrund der gestoppten Gaszufuhr die Wohnungen kalt, sorgte die Klima-, Energie- und Finanzkrise für Schlagzeilen. In Berlin stritt man um Heizpilze. Überhaupt seien Autos viel schlimmer, zumal, wenn sie auf Gehwegen parken, und schlimmer sei auch die Hundescheiße. Nun gibt es Viertel, die sowohl mit zugeparkten Wegen als auch mit Hundescheiße und Heizpilzen reich gesegnet sind, und überhaupt gibt es im Zweifelsfall immer noch was, was irgendwie viel schlimmer ist, ein Atomschlag beispielsweise – aber wie grotesk ist diese Debatte eigentlich? Der bündnisgrüne Stadtrat von Pankow zeigte sich ebenfalls erstaunt angesichts eines manchmal etwas widersprüchlichen Verhaltens in seinem Bezirk: »Die Leute gehen auf dem Ökomarkt einkaufen und setzen sich dann unter den Heizstrahler auf der Caféterrasse.« Und vermutlich unterhalten sie sich dabei über ihre letzte Betriebskostennachzahlung – »einfach irrsinnig!«* us

# Streit um die Heizpilze

SECHS INNENSTADTBEZIRKE WOLLEN KÜNFTIG FÜR FREIE GEHWEGE SORGEN

Die Aufregung war groß, die Lokalseiten widmeten dem Thema dicke Aufmacher, es hagelte Leserbriefe, in Internetforen wurde heiß gestritten. Immerhin ging es um das einzige Gewächs, das sich in den letzten Jahren auf Berliner Straßen explosionsartig vermehrt hat: den Heizpilz. Dem nämlich hatten im letzten Jahr die Stadträte von sechs Berliner Innenstadtbezirken den Kampf angekündigt: Seit dem 1. Januar sind Heizpilze auf öffentlichem Straßenland nicht mehr gestattet. Außerdem sollen in den Kneipengärten auf öffentlichem Straßenland auch keine Blumenkübel ab 60 Zentimeter Durchmesser, überdimensionierte Schirme, Fackeln, Jägerzaune und Speisekartenaufsteller mehr deponiert werden. Darauf haben sich die Bezirke Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Tempelhof-Schöneberg geeinigt, auch Treptow-Köpenick schloss sich an. Federführend war der Charlottenburger Wirtschaftsstadtrat Marc Schulte (SPD), der das Vorgehen mit den anderen Bezirken abstimmt. Vorreiter war allerdings der Bezirk Pankow, der schon seit längerem konsequenter gegen die zunehmende private Möblierung öffentlicher Gehwege durch Kneipen und Läden vorgeht. Und auch Marc Schulte geht es in erster Linie um die Begehbarkeit der öffentlichen Wege: 1,50 Meter müssen mindestens frei bleiben, um den normalen Fußgängerverkehr zu gewährleisten.

Denn das Problem hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft, vor allem in den touristisch frequentierten Gebieten. So wird in der Spandauer Vorstadt in Mitte seit Jahren über die wachsende Unpassierbarkeit der ohnehin schmalen Gehwege debattiert, weil kreative Wirte ihre Gäste mit stattlichen Palmen, Hollywoodschaukeln, Liegestühlen, Werbetafeln, Vorzelten, Megasonnenschirmen und eben Heizpilzen zu locken versuchen. Nur konnte sich die Bezirkspolitik in Mitte lange nicht zum Handeln und zu klaren, verbindlichen Regelungen durchringen. Die wachsende gastronomische Konkurrenz bei gleichzeitiger allgemeiner Abnahme der Berliner Kaufkraft ist jedoch auch in anderen Vierteln nicht mehr zu übersehen, weshalb sich die Bezirke nun auf ein gemeinsames Vorgehen einigten. Eine andere Frage ist allerdings die Um- und Durchsetzung: Denn die dafür verantwortlichen Ordnungsämter sind ohnehin chronisch unterbesetzt, müssen sich dafür aber um immer mehr Aufgaben kümmern.

Erstaunlich ist jedoch die allgemeine Aufregung. Denn die Sache mit den Gehwegen ist keineswegs neu: Seit Jahren schreibt das Berliner Straßengesetz vor, dass auf Bürgersteigen mindestens 1,50 Meter Passierbreite für Fußgänger freigehalten werden müssen – egal, ob von Kneipentischen oder Heizpilzen. Neu ist lediglich, dass das offenbar nicht mehr als selbstverständlich ist, weshalb die Bezirke nun dafür sorgen müssen. Pankows Stadtrat Jens-Holger Kirchner: »Die Stadt ist nicht nur für Gastronomen da. Viele Betreiber haben jedes Maß verloren.«



# Neue Interessengemeinschaft Rosenthaler Platz gegründet

Als vor ein paar Jahren die Probleme mit dem Drogenhandel im Weinbergspark immer massiver wurden, hatte sich eine breite Initiative gegründet, um die Situation zu verändern. Zu dieser Initiative gehörten neben Anwohnern, öffentlichen Einrichtungen, Behörden auch einige Gewerbetreibende der Umgebung. Inzwischen ist der Park samt Spielplatz neu gestaltet, mit dem Rosengarten e.V. hat sich ein kultureller Ort etabliert, und der Drogenhandel hat sich aus Sicht der Polizei verringert.

Nun ist aus der Initiative eine neue Interessengemeinschaft hervorgegangen: Rund um den Rosenthaler Platz haben sich Gewerbetreibende und auch einige Anwohner zusammengefunden, denen es vor allem um ein besseres Erscheinungsbild des Platzes geht. Bei einer ersten Begehung mit Vertretern von Polizei, Ordnungsamt und BSR wurden zahlreiche Probleme beklagt: Müll, überquellende Papierkörbe sowie »vollgekotzte U-Bahn-Zugänge und endlos abgesperrte Pseudobauten, die zusätzlich verdrecken«. Und auch das »Pub Crawling« – touristisch organisierte Clubsauftouren – wird als massives Problem wahrgenommen. An Wochenenden tauchten je



Foto: Zander, bild.mitte

nach Jahreszeit 3 bis 6 Gruppen »jeweils mit stattlichen Teilnehmerzahlen« am Rosenthaler Platz auf, die Lärm, Flaschenscherben und Uringestank produzieren.

Kritisiert wurden auch die wilden Plakatwände mit in Fetzen runterhängenden Papierfahnen: sie seien das erste, was man bei Heraufgehen aus der U-Bahnstation, dem Aussteigen aus der Tram und bei Verweilen auf dem Rosenthaler Platz wahrnimmt. Touristen müssten so den Eindruck bekommen, »sie kommen in die Bronx«. Jedoch sollen Kunstgruppen und Kleinveranstalter wei-

ter die Möglichkeit haben zu werben, hier will sich die Interessengemeinschaft um preisgünstige Anbieter alternativer Werbeflächen bemühen. Die BSR bot an, sogenannte »MüllScouts« mit zusätzlichen flexiblen Einsatzmöglichkeiten einzusetzen und zu prüfen, ob häufiger gekehrt und mehr Papierkörbe installiert werden könnten. Und das Circus Hotel will ab März jemanden beschäftigen, der mehrmals am Wochenende Müll auf der Straße beseitigt.

Ein nächstes Treffen der Interessengemeinschaft soll im März stattfinden. us

## Zettelwirtschaft

*Ich habe Post bekommen. Keine elektronische, sondern richtige. Ganz altmodisch, im Briefkasten, mit Umschlag, handgeschriebener Adresse, Briefmarke und Poststempel. Nur der Absender ist ungewöhnlich kurz: b.*

*b. und ich pflegen eine etwas eigentümliche Kommunikation. Alles hatte damit begonnen, dass ich am Bauzaun neben unserem Haus in der Elisabethkirchstraße immer mal wieder kleine kryptische Botschaften fand. Eine aufgedröselte Klorolle, auf der »Zweiseelenverkleber« stand, Schilder mit umwerfenden Gedichten und Reimen über Stadtgeister, Liebe und Hundescheiße. Der Autor blieb anonym.*

*Ich fand die Zaunpoesie so sympathisch, dass ich einen Text darüber schrieb. Die Zeitungsseite hängte ich für den Wortkünstler mit Wäscheklammern an den Zaun. Was eigentlich überflüssig war, weil er den Text schon selbst in der Zeitung entdeckt hatte, wie er mir dann schrieb.*

*Die nächste Stufe unseres Zaungesprächs war also der Brief von b. Dafür hatte er aus meinem Namen ein Anagramm gebastelt (was gar nicht so einfach ist bei so vielen Buchstaben):*

*SEITLICHKLUGER.*

*Respekt. Dafür muss man schon eine Menge gescrabbelt haben.*

*Kurz: Es war ein sehr schöner, lustiger, herzerwärmender Brief, dem weitere kleine Gedichte beigelegt waren. Zum Beispiel:*

*Ich bin der diedas  
Der aber wenn und wiewas  
Ich bin von unten mal von oben  
Vernetzt verkabelt und verwoben  
Ich bin das ur und bin der knall  
Der apfel schwerkraft  
freier fall*

*Außerdem schrieb er, dass der Artikel ein schönes Geburtstagsgeschenk für ihn gewesen sei. Als Dank hatte er mir eine Botschaft an den Zaun vor der Haustür gehängt: ein Stück Holz mit dem Wort »Pferdegebrabbel«. Auch das erfuhr ich freilich nur aus dem Brief – denn schneller, als ich meine Post überhaupt entdecken konnte, war sie schon wieder von jemandem entfernt worden, wie mir b. schrieb.*

*Das sind die Risiken öffentlicher Kommunikation: Irgendwer kann immer dazwischenfunken. Andererseits entwickelt die Sache inzwischen ein lustiges demokratisches Eigenleben: Zwar war mein »Pferdegebrabbel« einfach weg, dafür saß kurz darauf*

*auf dem Bauzaun ein kleines Stofftier – und es war weder von mir noch von b. Er habe »laut jelaht (in der nacht)«, schrieb er. Mal sehen, was sich da noch so entwickeln würde.*

*Mich erinnerte unsere Zettelwirtschaft plötzlich an gewisse Kommunikationsformen in Ostberlin vor dem Mauerfall, als nicht nur nicht an Mobiltelefone und e-mail, sondern auch selten an einen regulären Telefonanschluss zu denken war. Weder meine Freunde noch ich besaßen einen, also klapperten wir einfach abends, wenn wir jemanden treffen wollten, die Wohnungen der anderen ab. Für den Fall, dass keiner daheim war, hatten die meisten Bleistifte vor die Tür gehängt, damit man seine Botschaft (»War hier«) auf einem Papierröllchen oder gleich auf dem Türblatt hinterlassen konnte. Manche Türblätter lasen sich wie Gästebücher. Irgendwo traf man aber immer jemanden an, und dann meist nicht nur den Bewohner selbst, sondern gleich mehrere, die sich ebenfalls auf Stadtwanderung begeben hatten. (Unsere Kinder, die manchmal Stunden brauchen, um sich per Handy endlich für eine der unzähligen »locations« als Treffpunkt zu entscheiden, halten uns deshalb für meschugge.)*

*Jedenfalls ist es nun wieder an mir, b. zu antworten. Ich habe keine Ahnung, wer er ist, wo er wohnt und wie er aussieht. Mein Bote und Briefkasten ist der Zaun da draußen. Ulrike Steglich*



## Wo Moabit und Mitte zusammenwachsen sollen

UM DEN HAUPTBAHNHOF KOMMT DIE ENTWICKLUNG  
LANGSAM IN GANG

Im 20. Jahr nach der Wende ist einerseits der Verlauf der Mauer im Stadtbild an vielen Stellen nicht mehr nachvollziehbar. Andererseits zeugen noch große Brachflächen, die in anderen Innenstädten so nicht zu finden sind, von der Teilung der Stadt. Während der Potsdamer Platz als neues Berliner Zentrum zwischen der City Ost und der City West, zwischen Mitte und Tiergarten doch irgendwie funktioniert, wurde vor über zwei Jahren der Hauptbahnhof in einer sprichwörtlichen Wüste eröffnet. Doch so langsam kommt rundherum eine städtebauliche Entwicklung in Gang. Die Pläne für Bebauung um den Hauptbahnhof gab es schon von Anfang an, wenn sie auch im Detail wieder geändert wurden und wohl auch noch werden. Von einem Baubeginn war bislang allerdings nichts zu sehen.

Doch jetzt wächst das erste Hotel aus dem Boden. Südlich des Bahnhofs, direkt neben der Glasdach-Trasse, entsteht das 3 Sterne Hotel der Meininger Gruppe mit geplanten knapp 300 Betten. Es wird 8 Stockwerke hoch, mit hochwertiger Ausstattung zu günstigen Preisen. Die Dachterrasse verspricht einen »atemberaubenden Blick über Berlin ... auf Kanzleramt und Regierungsviertel«. Und schon beginnen die Berliner zu klagen, dass man von der schönen Glas-Architektur des Hauptbahnhofs bald nichts mehr sehen kann, wenn er erst umgeben ist von den geplanten vier Hotels plus Kongresszentrum im Lehrter Stadtquartier (mehr als 1.000 Betten) und den zwei Hotels plus Kongresszentrum (etwa 400 Betten) an der Invalidenstraße. Aber war nicht gerade das der Grund, ihn an diese Stelle zu bauen? Die frühere Bahntochter Vivico vermarktet die hochwertigen Grundstücke. Jetzt ist das Im-

mobilienunternehmen im Besitz eines österreichischen börsennotierten Investors. Dem gehört auch ein Großteil der nördlich gelegenen Flächen an der Heidestraße zwischen Bahntrasse und Spandauer Schifffahrtskanal.

Hotels und Kongresszentren entstehen nicht nur direkt am Hauptbahnhof. Bis in die Lehrter Straße hinein schwappen diese Planungen. An der Ecke Invalidenstraße hat sich Motel One (mehr als 500 Betten) eingekauft, A&O (etwa 800 Betten) ein Stückchen weiter neben der Indonesischen Botschaft, die allerdings bald ins Tiergartenviertel umzieht. Die Berliner Stadtmission will ein Bürogebäude für das Zentrum für Diakonie und Entwicklung der Evangelischen Kirche auf ihrem Gelände an der Seydlitzstraße bauen. Wie das aussehen soll und wo es genau hinkommt, ist zwar noch nicht bekannt. Aber klein wird es nicht, sollen doch 500 Arbeitsplätze darin Platz finden.

Die Planungen werden von AnwohnerInnen aus der Lehrter Straße sehr kritisch begleitet. Schon der Verkauf der Wohnblocks durch die WBM an einen luxemburgischen Investor, JP Residential, hatte 2005 starke Ängste ausgelöst. Befürchtet werden Abriss oder Umnutzung zu Ferienwohnungen wie in der Wilhelmstraße. Über die starke Zunahme des Verkehrs klagen alle. Der geringe Abstand des geplanten Motel One Hotels zu den Balkonen des Wohnhauses Lehrter Straße 1 ist ein Ärgernis, ebenso wie der hohe massive Baukörper. Weitere Wohnhäuser auf der westlichen Seite der Lehrter Straße wurden Ende 2008 von der bundeseigenen Wohnbau GmbH an einen anderen luxemburgischen Investor, die MLAnna Real Estate, verkauft. AnwohnerInnen protestier-

ten Mitte November mit einem Happening gegen die Hotel- und Büropläne. Sie fordern die Weiterentwicklung der »Lehrter« als Wohnstraße und erreichten immerhin, dass sämtliche Parteien in der BVV Mitte sich für den Erhalt der Wohnqualität in der Lehrter Straße einsetzen wollen. Die Bürger sollen an den stadtplanerischen Überlegungen beteiligt werden. Den Auftakt wird am 24. Februar von 18–21 Uhr eine Konferenz über die Zukunft der Lehrter Straße machen. Die Veranstaltung findet statt im großen Saal der Berliner Stadtmission. Hierbei wird es auch um die Entwicklung der großen Fläche in der Mitte gegenüber dem Poststadioneingang gehen, zur Zeit Kleingewerbe und Kleingärten. Auch dieser potentielle Baugrund gehört der Vivico.

Die Vivico ist auf Jahre hinaus mit der Entwicklung des Geländes an der Heidestraße mehr als genug beschäftigt. Hier soll ein komplett neues Stadtviertel entstehen – so groß, dass der Potsdamer Platz gleich zweimal hineinpassen würde – mit einer Erweiterung des Kunststandorts hinter dem Hamburger Bahnhof, mit Bürogebäuden, Wohnungen, kleinteiliger Nutzungsmischung, Gewerbe an der Bahn und einem neuen Hafen. Nach dem städtebaulichen Wettbewerb wurde 2008 der Masterplan erarbeitet. Jetzt geht es um die Umsetzung in Bebauungspläne und den Bau der neuen Straßen und weiterer Infrastruktur. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Auch der Humboldthafen soll umbaut werden. Hier ist das Land Berlin Eigentümer, ein Grundstück ist erst verkauft. Das Interessenbekundungsverfahren für die privat finanzierte Kunsthalle endete kürzlich ohne Ergebnis. Dort, wo die Stadt für großzügige Freiflächen sorgen könnte, ist ihr Kommerz und Teilhabe am Grundstücksgeschäft wichtiger. Zur Zeit wird die denkmalgeschützte Kaimauer der Hafenanlage restauriert.

Wieviel kann Stadtplanung überhaupt steuern? Und wo hat sie das in der Vergangenheit getan? Wenn die hochfliegenden Pläne scheiterten, wären die heutigen Planer in guter Gesellschaft. Genau an dieser Stelle der Stadt scheiterten schon Peter Josef Lenné und Karl Friedrich Schinkel mit ihren Planungen für das Gelände der königlichen Pulverfabrik. Gefängnis- und Militärbauten und die Eisenbahn schufen gebaute Fakten. Da konnte die Zeichnung des Hafens (an anderer Stelle) mit der Kirche als Blickpunkt noch so schön sein.

Susanne Torka

Blog über Moabit: <http://www.moabionline.de>  
Sendung vom 22. Januar 2009 zu Planungen am Alexanderplatz und Hauptbahnhof:  
<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/laenderreport/903347/>



Fotos: Zander, bild.mitte

## »Die Unwirtlichkeit unserer Städte«

WIE KLINGT DAS EPOCHALE BUCH NACH ÜBER VIERZIG JAHREN?

*Als Alexander Mitscherlichs Buch »Die Unwirtlichkeit unserer Städte« 1965 erschien, war es sofort ein riesiger Erfolg. Wer keine Scheu vor Kriegsmetaphern hat, kann auch sagen: es schlug ein. Nicht in die gerade wieder aufgebauten Städte, wohl aber in das Bewusstsein von Urbanität. Der für ein nicht-belletristisches Buch enorme Verkaufserfolg von 200.000 Exemplaren lässt sich nur mit einer damals offenbar vorhandenen Bereitschaft erklären, die Stadt nicht mehr als unveränderlich hinzunehmen, sondern als Ergebnis von Politik zu problematisieren. Das Buch traf auf ein Unwohlsein in den Köpfen vieler Städter, und sein Titel wurde zum geflügelten Wort, mit dem alles etikettiert wurde, was am modernen Städtebau missfiel. Zum hundertsten Geburtstag des Autors hat der Suhrkamp Verlag im vergangenen Jahr das Buch mit zwei aktuellen Nachwörtern neu aufgelegt. Wie liest sich der Text heute, über vierzig Jahre, nachdem er geschrieben wurde?*

Mitscherlich hat seinen Text nicht etwa einen Essay genannt, sondern Pamphlet, also Schmäh- oder Streitschrift. Das gibt ihm stilistisch mehr Freiheit, er muss nicht Satz für Satz an die jederzeit nachvollziehbare Folgerichtigkeit denken, er kann auch mal seinem Zorn freien Lauf lassen, kann Seitenhiebe verteilen oder sich Kritik in Bausch und Bogen erlauben. Und er nutzt diese Freiheit. Mitunter nutzt er sie so sehr, dass man glauben könnte, man höre einem der misanthropischen Bühnenfiguren Thomas Bernhards zu. Da klingt der Autor so, als haben seine eigenen Worte ihn derart in Erregung versetzt, dass er sich jetzt unmöglich bremsen kann, sondern weiter hineinsteigern muss. Da wird sein Ton schon rechthaberisch, bevor überhaupt jemand Ein-

spruch erhoben hat. Da muss sich jemand, der sich in seiner Siedlung vielleicht nicht so unwohl fühlt, sagen lassen, dass er längst das Opfer von Manipulationen sei und Soziologen, die auf Umfrageergebnisse hören, »dass sie es mit Selbsttäuschungen zu tun haben. ... Um die innere Gleichgewichtslage nicht dauernd durch Enttäuschungen zu belasten, muss man sich bereitfinden, die faktisch sauren Trauben als wohlschmeckend zu bezeichnen.« Und die Dinge, die Mitscherlich von ganz besonderem Übel findet – zum Beispiel das Privateigentum an Grund und Boden oder die Siedlungen mit Villen und Einfamilienhäusern am Stadtrand – wiederholt er immer wieder wie einen Refrain in einem langen Klagelied. Und das alles ohne jeden Humor. Aber die Misanthropen Bernhards haben ja auch keinen Humor und sind gerade deshalb so komisch. Man sitzt dann im Publikum, schüttelt den Kopf und weiß ganz genau, dass diese schrulligen Typen ja irgendwie doch Recht haben.

Im vorliegenden Falle nicht unbedingt da, wo der Psychoanalytiker Mitscherlich den Stadtplaner zum wichtigsten Berater des Stadtplaners machen will. Nicht da, wo er den Eindruck erweckt, mit seinen Ratschlägen ließen sich Gewalttätigkeiten Jugendlicher vermeiden, Drogensucht oder gar sexuelle Perversionen – was auch immer er da im Blick gehabt haben mag – kämen gar nicht erst auf. Und depressiv werden kann man auch im vermeintlichen Paradies. Die prophylaktische Wirkung eines anderen Städtebaus überschätzt er maßlos.

### »Wohnraumverbraucher«

Es ist sicher nicht falsch, das Grund- und Bodenrecht dafür verantwortlich zu machen, wie »unsere« (?) Städte aussehen. Mitscherlich starb 1982 und wir wissen, was zu erleben ihm diesbezüglich erspart geblieben ist. Es ist auch nachvollziehbar, mit welcher Penetranz er die Enteignung des privaten Grundbesitzes in den Städten fordert. Die Annahme allerdings, dass auf städtischem Grund und Boden gebaute Siedlungen wirtlicher sind, hat sich noch nicht als treffend erwiesen. Der Wohnende bleibt auch hier ein »zum Wohnraumverbraucher entwirklichter Bürger.«

»... der Wunsch, allen eine menschenwürdige Behausung zu schaffen, wird dadurch effektiv zunichte gemacht, dass für alle eine Umwelt entsteht, die ein soziales Engagement gar nicht erst aufkommen lässt.« Hier lässt Mitscherlich durch eine Negativformulierung einen Typus auftreten, der seinerzeit offenbar in Vergessenheit geraten war und seit einigen Jahren – vielleicht auch auf Anregung seines Textes – von Stadtsoziologen und -planern wiederentdeckt wurde und seit dem mühsam aufgerufen wird: den an den Planungen »seiner Stadt« interessierten und sich einmischenden, den sich beteiligenden Bürger. Es ist nicht wahrscheinlich, dass, gäbe es von denen mehr, unsere Städte aussehen, wie Mitscherlich sie sich vorgestellt hat. Aber anders sähen sie aus. Die Entmischung von Arbeit und Wohnen – auch ein Phänomen, auf das Mitscherlich aufmerksam gemacht hat – lässt sich auch von sich beteiligenden Bürgern nicht zurückentwickeln. Und die Idee, mit Hilfe von Hochhäusern möglichst wenig Raum für die immer größer werdende Zahl der Stadtbewohner zu verbrauchen, die Stadt eindeutiger zu begrenzen und dem Grünen und der Landschaft mehr Raum zu lassen, in den die Stadtbevölkerung dann am Wochenende ausfliehen kann, wird vermutlich auch nicht unbedingt vom Bürgerwillen getragen. Aber im Kern hatte Mitscherlich die richtige Nase. Und wohin das dann führt, weiß man erst, wenn die Prozesse in Gang gesetzt worden sind. Bürgerbeteiligung garantiert keine schönere Stadt, sie ist als ergebnisoffener Prozess ein Wert für sich.

Schade übrigens, dass kaum noch Pamphlete geschrieben werden. Die Lektüre ist so erfrischend. Gerade weil die Schrift auf Streit aus ist. Gerade weil man immer wieder Grund hat, dagegen zu sein. Der Erfolg des Buches mag damit zusammenhängen, dass der Text seine Erregung auf den Leser überträgt und so einen direkten Zugang zum Bewusstsein des Lesers sucht. Spuren hinterlassen hat es allemal.

Burkhard Meise



## Adressen

### Bezirksamt Mitte

#### Bürgeramt im Rathaus Mitte

Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin  
Telefon 9018-43210

bürgeramt@ba-mitte.verwalt-berlin.de  
Öffnungszeiten: Mo 8–15, Di 11–18, Mi 8–13 Uhr  
(nach Terminvereinbarung), Do 11–18, Fr 8–13 Uhr

#### Bezirksbürgermeister

Dr. Christian Hanke (SPD), Mathilde-Jacob-Platz 1  
10551 Berlin, Telefon 9018-322 00, Fax -321 01

#### Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung

Ephraim Gothe (SPD), Iranische Straße 3,  
13347 Berlin, Telefon 9018-439 00, Fax -439 04

#### Bezirksstadtrat für Soziales u. Bürgerdienste

Stephan von Dassel (B90/Die Grünen),  
Müllerstraße 146/147, 13344 Berlin,  
Telefon 9018-426 60, Fax -433 55

#### Bezirksstadträtin für Bildung und Kultur

Dagmar Hänisch (SPD), Turmstr. 75, 10551 Berlin,  
Telefon 9018-335 00, Fax -335 09

#### Bezirksstadtrat für Finanzen und Jugend

Rainer-Maria Fritsch (Die Linke), Karl-Marx-Allee 31  
Telefon 9018-237 00, Fax -234 98

#### Bezirksstadtrat für Wirtschaft und Immobilien

Joachim Zeller (CDU), Müllerstraße 146/147  
Telefon 9018-446 00, -446 46

#### Bezirksverordnetenversammlung

Neues Stadthaus, Parochialstraße 1–3  
10178 Berlin, Telefon 9018-245 53

#### Frauenbeirat Stadtplanung

Geschäftsstelle im Stadtplanungsamt,  
Telefon 9018-458 61

### Stadtplanung, Sanierung, Bauen und Wohnen

#### Stadtplanungsamt und Sanierungs- verwaltungsstelle

Iranische Straße 3, 13347 Berlin  
Telefon 9018-458 46

#### Untere Denkmalschutzbehörde

Iranische Straße 3, 13347 Berlin  
Telefon 9018-457 07

#### Natur- und Umweltamt

Iranische Straße 3, 13347 Berlin  
Telefon 9018-430 56

#### Straßen- und Grünflächenamt

Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin  
Telefon 9018-228 23/24

#### Umweltladen Mitte

Seestr. 49, Telefon 28 04 48 41  
Öffnungszeiten: Mo–Do 10–15.30 Uhr

#### Koordinationsbüro zur Unterstützung der Stadterneuerung in Berlin

Sanierungsbeauftragter des Landes Berlin  
Schwedter Straße 34a, 10435 Berlin  
Telefon 3 30 02 83-0

### Betroffenenvertretungen

#### Betroffenenvertretung Spandauer Vorstadt

www.bvsvp.de, E-mail: info@bvsvp.de

#### Betroffenenvertretung Rosenthaler Vorstadt

Strelitzer Str. 4, 10115 Berlin, Tel/Fax 4 48 41 64,  
www.rosenthaler-vorstadt.de, kontakt@  
rosenthaler-vorstadt.de, öffentliche Sitzung jeden  
zweiten Montag im Monat 19.30 Uhr

### Mieterberatungen

#### ASUM Mieterberatung

Ackerstraße 13, 10115 Berlin  
Kostenlose Beratung für Mieter der Spandauer  
und Rosenthaler Vorstadt: Mo 14–18 Uhr (ab  
15 Uhr mit Rechtsanwalt) Mi 15–19 Uhr (durchge-  
hend mit Rechtsanwalt) Telefon 28 88 40 90

#### Büro für stadtteilnahe Sozialplanung (BfsS)

Torstraße 190, 10115 Berlin (Eingang Tucholsky-  
Straße) Telefon 280-959 57 / 0151-11 06 94 27  
Fax 280-959 01

für die Mieter der Oranienburger Vorstadt:  
Di 11–13 Uhr, Mi 17–19 Uhr

#### Mieterberatung der Berliner Mietergemeinschaft

Mi 19–20.00 Uhr: »Comicbibliothek Renate«  
Tucholskystraße 32 (Rechtsanwaltsberatung  
nur für Mitglieder)

#### Mieterberatung des Berliner Mietervereins

(für Mitglieder des Berliner Mietervereins)  
Mo–Do 17–18 Uhr: Berliner Mieterverein  
Wilhelmstraße 74, Telefon 2 26 26-0  
Di 18–20 Uhr: Seniorenfreizeitstätte  
Torstraße 203–205

#### Mieterberatung der Linken

jeden ersten Mittwoch im Monat, 17–19 Uhr  
Frauentreff Brunnhilde in den Räumen der  
Betroffenenvertretung, Strelitzer Straße 4

### Initiativen und Vereine

#### Brunnhilde e.V.

Berliner Frauengeschichtswerkstatt  
Telefon 449 32 27  
brunnhildeev@t-online.de

#### Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstr. 7, 10179 Berlin  
Sprechzeit: täglich 10–12.30 und 13–18 Uhr  
Telefon 2 79 54 08

#### Verein Bürgersolidarität

Leipziger Str. 47, Club Spittelkolonaden  
10117 Berlin, Telefon 6 09 30 62

#### Heimatverein Berlin Mitte

c/o Gerhard Heinicke, Telefon 975 67 51